

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 08.12.2016	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat V Amt: Dezernat V	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat IV ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2016/0490 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 111410 Kostenstelle: 530-010-1000 Kostenträger: 1114-10		
Investitionsnummer: Sachkonto: 7128000		

Betreff: Förderung des Mehrgenerationenhauses in Darmstadt
Träger: Hausfrauenbund Darmstadt e.V.

Vorlage vom: 08.12.2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bekennen sich zum Mehrgenerationenhaus des Hausfrauenbundes Darmstadt e.V., da es Bestandteil der Planungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt zum demografischen Wandel und zur Sozialraumorientierung ist.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 08.12.16:

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert in einem Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser mit der Laufzeit 01.01.17 bis 31.12.2020 mit bis zu 30.000 Euro jährlich. Voraussetzung hierfür ist zum einen eine kommunale Förderung in Höhe von jährlich 10.000 Euro während der Laufzeit, zum anderen ein Beschluss der kommunalen Gremien (mindestens Magistrat), sich zum Mehrgenerationenhaus zu bekennen und der Aussage, dass das Mehrgenerationenhaus Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung ist.

Die geforderte kommunale Förderung steht im Rahmen der jährlich von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließenden Haushaltsmittel zur Verfügung (Kostenstelle 530-010-1000, Sachkonto 7128000, Kostenträger 1114-10).

Die sozialpolitischen Leitlinien der Wissenschaftsstadt Darmstadt - Partizipation, Prävention und Sozialraumorientierung – machen es unverzichtbar, die besonderen Potentiale der Stadtteile einzubeziehen. Eine demografisch verantwortliche Sozialpolitik muss kleinräumig orientiert sein und sich an den jeweiligen Problemstellungen der Menschen ausrichten. Ziel ist es, die Teilhabe aller Menschen am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen und so den demografischen Herausforderungen begegnen zu können.

Das vom Hausfrauenbund e.V. getragene Mehrgenerationenhaus ist fester Bestandteil der städtischen Sozialpolitik. Die Schwerpunkte freiwilliges Engagement, Alter und Pflege, Integration und Bildung werden hier in einer vernetzten Struktur weiterentwickelt. Neue Bedarfe werden aufgegriffen und zielgruppenorientiert angeboten.

Aufgrund der neuen Förderrichtlinien des Bundes reicht eine einfache Absichtserklärung der Kommune nicht aus, so dass ein entsprechender Beschluss der Gremien zu fassen ist.

Darmstadt, 08.12.16

Dezernat IV

Dezernat V

André Schellenberg
Stadtkämmerer

Barbara Akdeniz
Stadträtin